

# Rheingauer Bote

Rüdesheimer Zeitung  
Amtliches Bekanntmachungsblatt

Anzeigenpreis: 35 Bfg. für die einpaltige  
Betitseite, für auswärtige Anzeigen 40 Pfennig.  
Textseite im Reklamenteil 90 Pfennig. — Bei  
mehrmaliger Aufnahme entsprechender Nachsch.  
Druck und Verlag:  
H. Meier's Buchdruckerei, Rüdesheim a. Rh.

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mitt-  
woch und Freitag. Bezugspreis: viertel-  
jährlich Mk 6.—, in der Geschäftsstelle abgeholt  
Mk 5.80. Durch die Post bezogen vierteljährlich  
Mk 6.— ohne Bestellgeld  
Verantwortlicher Schriftleiter: Karl Meier

Fernsprecher 295.

Nummer 139.

Mittwoch, den 1. Dezember 1920.

44. Jahrgang.

## Bekanntmachung.

### Handwerkskammer Wiesbaden.

#### Steuerauskunft der Handwerkskammer Wiesbaden.

Jeden Wochentag finden in Steuerfragen von  
10—1 Uhr Sprechstunden für Handwerker statt und  
zwar Dienstags und Freitags beim Handwerksamt  
Frankfurt a. M., Saalstraße 33, an den übrigen 4  
Tagen bei der Handwerkskammer Wiesbaden, Niko-  
lasstraße 41.

Gegenwärtig erscheint besonders Aufklärung in  
Umsatz- und Luxussteuer nötig, so über den Kreis  
der Luxussteuerpflichtigen Gegenstände, die Art der  
Buchführung, Steuererklärung und Rechtsmittel und  
Eintragung in die Steuerliste.

Den ratuchenden Handwerkern wird daher em-  
pfohlen, sich an die Steuerberatung der Handwerks-  
kammer zu wenden, auch wenn ein Verfahren schon  
anhängig ist, da die Kammer mit den Steuerbehörden  
Hand in Hand arbeitet und gegebenen Falls die Wege  
zu ebnen in der Lage ist.

Wiesbaden, den 15. November 1920.

Die Handwerkskammer.

Der Vorsitzende:  
Sarkens.

Der Syndikus:  
Schroeder.

## Eine deutsche Note an den Botschafterrat.

\* Berlin, 30. Nov. Der Vorsitzende der deutschen  
Friedensdelegation in Paris ist angewiesen wor-  
den, nachstehende Note der Botschafterkonferenz in  
Paris zu übergeben:

Mit Note vom 16. Nov. teilte die interalliierte  
Luftfahrtkontrollkommission den Beschluß der Bot-  
schafterkonferenz vom 8. Nov. mit, wonach die deut-  
sche Regierung für die im Juni und Juli 1919  
erfolgte Zerstörung von sieben deutschen Ma-  
rineluftschiffen verantwortlich gemacht wird.  
Der Beschluß bestimmt, daß die interalliierte Luft-  
fahrtkontrollkommission als Ersatz für zwei der  
zerstörten Luftschiffe die beiden Zeppelin-Luftschiffe  
„Bodensee“ und „Nordstern“ zu konfiszieren  
habe. Der Wert der übrigen fünf Luftschiffe solle  
in Geld oder durch Neubauten ersetzt werden.  
Die deutsche Regierung vermag nicht anzuer-  
kennen, daß ihr aus der Zerstörung der Luft-  
schiffe irgendwelche Ersatzpflicht erwachsen  
könnte. Ihre Auffassung in dieser Hinsicht ist in  
einer Anlage-Denkschrift dargelegt, die dem Vor-  
sitzenden der interalliierten Luftkontrollkommission  
am 9. März durch die Luftfahrt-Friedenskommission  
übermittelt worden ist. Abgesehen hiervon kann  
aber die deutsche Regierung sich auf die Verein-  
barung zwischen ihr und den alliierten Regierun-  
gen berufen, wonach die Geltendmachung von Scha-  
denersatzansprüchen auf Grund der in Rede stehen-  
den Vorfälle von vornherein als ausgeschlossen be-  
trachtet werden muß. (Hier folgt ein Hinweis auf  
die betr. Vereinbarung und dann heißt es zum  
Schluß): Hiernach erscheint es nicht angängig,  
überhaupt noch auf Vorgänge zurückzugreifen, die  
sich vor der Unterzeichnung des Protokolls vom  
10. Januar abgespielt haben. Eine Ausnahme wäre  
allenfalls bei solchen Vorgängen zu rechtfertigen,  
die den alliierten Regierungen erst später bekannt  
geworden sind. Die Nachricht von der Zerstörung  
der sieben Luftschiffe ist aber seinerzeit von der  
Presse gebracht worden und unzweifelhaft vor dem  
10. Januar 1920 zur Kenntnis der alliierten Regie-  
rungen gelangt. Wenn sie deshalb Ansprüche er-  
heben wollten, so hätten sie dies im Protokoll zum  
Ausdruck bringen oder bei dessen Unterzeichnung  
zum Ausdruck bringen müssen. Da sie beides un-  
terlassen haben, muß die Angelegenheit als end-  
gültig erledigt betrachtet werden. Es erübrigt sich  
also, auf den Inhalt des Beschlusses der Botschafter-  
konferenz vom 2. Oktober näher einzugehen. Die  
deutsche Regierung hat es jedoch nicht unterlassen,  
darauf hinzuweisen, daß sie, selbst wenn eine Scha-  
denersatzpflicht für die Zerstörung der sieben Luft-  
schiffe bestände, der Botschafterkonferenz nicht die  
Befugnis anerkennen könnte, die Frage des zu  
leistenden Ersatzes durch eine einseitige Entschlei-  
dung zu regeln. Auch ist daran zu erinnern, daß  
die Kontrollkommissionen nach dem Friedensver-  
trag nur berufen sind, die Ausführung gewisser Be-  
stimmungen zu überwachen, daß sie aber nicht  
das Recht besitzen, selbst Beschlüsse zu fassen  
oder Konfiskationen in Deutschland

vorzunehmen. Es darf angenommen werden, daß  
es auf einem redaktionellen Versehen beruht, wenn  
der Beschluß vom 2. Oktober eine Konfiskation  
durch die Kontrollkommission anordnet. Die deut-  
sche Regierung beehrt sich, an die alliierten Regie-  
rungen die Bitte zu richten, die vorstehend be-  
handelte Angelegenheit einer erneuten Prüfung zu  
unterziehen. Sie gibt sich der Erwartung hin, daß  
diese Prüfung dazu führen wird, den Beschluß vom  
2. Oktober aufzuheben. Sollten die Alliierten den  
deutschen Standpunkt auch jetzt noch nicht als be-  
rechtigt anerkennen, so schlägt sie vor, die Ange-  
legenheit der Entscheidung eines Schiedsgerichts zu  
unterbreiten.

### Reichskanzler Fehrenbach über seinen Besuch im Rheinland.

\* Berlin, 20. Nov. Reichskanzler Fehrenbach, der  
dieser Tage von seiner mit dem Reichsminister Si-  
mons in das besetzte Rheinland unternommenen  
Reise nach Berlin zurückgekehrt ist, empfing heute  
den Vertreter der „Kölnischen Volkszeitung“. Die-  
ser richtete an den Reichskanzler zunächst die Frage  
Welches war der Gesamteindruck dessen, was Sie  
in den Tagen am Rhein entgegengetreten sind?

Sie wissen, sagte der Reichskanzler, daß die  
Mitglieder der Reichsregierung niemals in Ge-  
zweifelt hat, daß unsere Westmark auch in den  
schweren Zeiten der Besatzung aushalten und zum  
Reiche stehen wird. Trotzdem gehört die „Stäber-  
händlichkeit, mit der uns gegenüber von Angehörigen  
aller Gegenden und Bevölkerungskreise am  
Rhein das Deutschland besetzt wurde, mit zu  
dem erhebendsten, was uns die Reise gebracht hat.  
Wo wir auch hinkamen, überall fanden wir, daß die  
Männer und Frauen des Rheinlandes trotz der  
drückenden Last, die ihnen der Friedensvertrag auf-  
erlegt, den Glauben an Deutschlands Zukunft sich  
erhalten haben. Der Gedanke, daß die Opfer, die  
man von ihnen verlangt, für die Gesamtheit des  
deutschen Volkes getragen werden, verleiht ihnen  
Kraft und Ausdauer. Sie empfinden es geradezu  
als Unrecht, wenn in der Presse des Reiches, her-  
vorgehoben durch aufgeschauelte Sonderpläne weni-  
ger Dunkelmänner, Beforgnisse darüber laut wer-  
den, ob nicht das Gebiet sein Ohr fremden Lötun-  
gen hinneigen werde. Wenn man, wie der Außen-  
minister und ich es in der vorvergangenen Woche  
konnten, selbst im Rheinlande weiß, so versteht  
man auch, wie schwer die Bevölkerung leidet.

Welches Bild haben Sie von den Lasten gewonnen,  
die die Rheinlande zu tragen haben?

Auf diese Frage antwortete der Reichskanzler:  
Wir haben allerdings nur wenige Tage im Rhein-  
land verweilt und im besetzten Gebiet nur Köln und  
Nachen besuchen können. Wo wir aber hinkamen,  
überall trat uns die Klage entgegen, daß die dem  
Rheinlande durch die Alliierten auferlegten Lasten  
weit über den Rahmen dessen hinausgehen, was  
man sonst wohl mit einer Besetzung in Friedens-  
zeiten für vereinbar gehalten hätte. Dabei handelt  
es sich bei der Besetzung der Rheinlande doch um  
nichts anderes als um ein Unterpfand, das Deutsch-  
land seinen ehemaligen Gegnern als Sicherheit da-  
für hat geben müssen, daß es, soweit es ihm seine  
eigene Leistungsfähigkeit erlaubt, den Verpflichtun-  
gen des Friedensvertrages nachkommt. Mit dieser  
Auffassung der Besetzung stehen allerdings die zahl-  
reichen militärischen Anlagen in Widerspruch, die  
von den alliierten Truppen weit über ihren eigen-  
en Bedarf hinaus in den Rheinlanden errichtet  
worden sind.

Fühlbarer noch als diese allgemeinen Lasten  
sind jedoch für die Bewohner der besetzten Gebiete  
all die täglichen Sorgen die ihnen von den frem-  
den Besatzungsstruppen bereitet werden. In erster  
Linie ist es der moralische Druck, sagte der Reichs-  
kanzler, den der Rheinländer empfindet. Man muß  
sich ordentlich fragen, aus welchen Erwägungen  
heraus Deutschlands frühere Gegner trotz unserer  
herabgeminderten Reichswehr und trotz unseres  
mehr als einmal gezeigten Friedenswillens immer  
noch an 145 000 Mann allein als Sicherungsbe-  
setzung für die Rheinlande für notwendig erachten.  
Die unabweisbaren Kosten, die eine solche Besetzung  
verursacht — ob 18 Milliarden Mark im Jahr  
ausreichen, wissen wir noch nicht — stehen in  
Widerpruch zu den Sparsamkeitspredica-  
ten, die sonst immer an unsere Adresse gerichtet  
werden. Von der

#### Lösung der Kostenfrage

für die Besetzung hängt wesentlich die Entscheidung  
darüber ab, ob und wann Deutschland in die Lage  
kommen wird, seinen wirtschaftlichen Verpflichtun-  
gen aus dem Versailler Friedensvertrag nachzu-  
kommen. Eine Wülderung der den besetzten Ge-  
bieten auferlegten persönlichen Lasten ist außer-

dem die Vorbedingung für eine Völkerver-  
ständigung ohne welche die große europäische  
Frage nie zu lösen sein wird. Der Außenminister  
und ich haben bei unserem Besuch im Rheinlande  
den Eindruck gewonnen, daß gerade in dieser Be-  
ziehung der Rheinlande als Westmark des Deutsch-  
tums besondere Aufgaben harren.

### Die deutschen Flugzeuge.

\* Berlin, 25. Nov. Die Note der interalliierten  
Luftfahrtkontrollkommission über das Bauver-  
bot von deutschen Flugzeugen vom 16. November  
lautet folgendermaßen: An Se. Exz. den Minister  
für auswärtige Angelegenheiten. Exzellenz! Ich  
habe die Ehre Ihnen hiermit eine Abschrift des  
Beschlusses der Botschafterkonferenz vom 1. Nov.  
1920 mit Bezug auf das Spaer Protokoll und die  
Entscheidung von Boulogne zu übersenden, die sich  
auf das Tatum bezieht, zu welchem der Bau und  
die Einfuhr von Flugmaterial in Deutschland be-  
ginnen darf. Die Entscheidung in Boulogne vom  
22. Juli 1920, welche den Bau und die Einfuhr von  
Flugmaterial in Deutschland bis zum dritten No-  
vember nach dem Zeitpunkt, an dem Artikel 202 des  
Versailler Friedensvertrages vollkommen ausgeführt ist, ver-  
boten ist, daher noch fest in Kraft. Ich bitte, die  
nötigen Anweisungen zu treffen, daß alle Beteilig-  
ten hiervon Kenntnis erhalten. J. A. Wastern-  
mann, Luft-Kommodore, Vorsitzender der interalliierten  
Luftfahrtkontrollkommission. — Anlage:  
Beschlüsse betreffend das Protokoll der Spa-Konfe-  
renz vom 12. Juli 1920. Es wird entschieden, das  
Protokoll von Spa vom 12. Juli 1920 für nichtig  
erklärt zu betrachten und die Entscheidung von  
Boulogne vom 22. Juli 1920 aufrechtzuerhalten.

### Neugestaltung des Arbeitsrechts.

\* Berlin, 28. Nov. Aus dem Reichsarbeitsmini-  
sterium wird mitgeteilt: Die Arbeiten zur Schaf-  
fung des in Art. 157 der Reichsverfassung in Aus-  
sicht genommenen einheitlichen Arbeitsrechtes sind  
in jüngster Zeit im Reichsarbeitsministerium er-  
heblich gefördert worden. Aus wirtschaftlichen und  
sozialen Gründen erscheint eine möglichst rasche ge-  
setzliche Regelung einzelner Teilgebiete geboten.  
Die Einzelgesetze werden später unter sich und mit  
dem übrigen Gesetzbuch zu einem einheitlichen  
Gesamtwerk verschmolzen werden. Zu einer  
größeren Anzahl von Einzelgesetzen sind  
Vorentwürfe ausgearbeitet worden, die zurzeit im  
Arbeitsrechtsausschuß, sowie mit Vertretern der  
beteiligten Kreise und mit den Behörden des  
Reiches und der Länder durchberaten werden. Es  
sind vor allem zu nennen die Entwürfe einer  
Schlichtungsordnung, eines Arbeitsgerichtsgesetzes,  
eines Arbeitsnachweisgesetzes, ferner eines Haus-  
gehilfengesetzes, eines Heimarbeitsgesetzes, eines  
Arbeitsstarbgesetzes und schließlich eines Gesetzes  
zur Regelung der Arbeitszeit der gewerblichen Ar-  
beiter. In Vorbereitung befindet sich der Entwurf  
eines Gesetzes zur Regelung der Arbeitszeit der  
Angestellten. Ferner sind die Arbeiten für die Ge-  
staltung des allgemeinen Arbeitsvertragsrechtes  
und der für die Angestellten in diesem Rechtsgebiet  
erforderlichen Sonderbestimmungen in Angriff ge-  
nommen.

### Erhöhung der Tarife.

\* Berlin, 26. Nov. Der aus dem Sachverständigen-  
beirat des Reichsverkehrsministeriums gebil-  
dete Tarifausschuß faßte in seiner geistigen  
Sitzung folgende Entschliessung: Der Tarifauss-  
chuß hält für die Deckung des Eisenbahnbedarfs  
neben der sorgfältigen Einschränkung der Aus-  
gaben auch eine Erhöhung der Tarife, und zwar  
der Personentarife wie besonders der Gütertarife,  
für unvermeidlich. Die Tarifierhöhung soll zum  
mindesten im Güterverkehr nicht in der Form  
eines prozentualen Zuschlags vorgenommen wer-  
den, sondern im Wege der Abtufung und je nach  
der Tragfähigkeit der einzelnen Güter erfolgen.  
Die Tarifierhöhung soll so durchgeführt werden,  
daß die Mehreinnahmen den Teil des Fehlbetrages  
decken, der nicht durch Ersparnis oder andere Maß-  
nahmen getilgt werden kann. Es erscheint wün-  
schenswert, mit der Durchführung dieser Maß-

### Völkewirtschaftliche Lehrer

\* München, 26. Nov. Die bayerische Regierung  
räumt mit den bolschewistischen Jugend-  
erziehern seit einiger Zeit auf. Nikisch und  
eine Reihe anderer Lehrer sind aus dem Schuld-  
dienst entlassen und zum Teil in Haft genommen.  
Nun ist auch gegen den Gymnasialprofessor Wager  
in München ein Disziplinarverfahren eingeleitet,  
da er sich in der Schule dauernd radikal-sozialistischer  
Propaganda befleißigt. Er wurde einstweilen  
vom Dienst dispensiert. Auch sein Bruder, der  
Hauptlehrer in Aschaffenburg ist, ist schon seit meh-  
reren Tagen wegen der gleichen heberischen Tätig-  
keit vom Dienst suspendiert.

# Deutscher Reichstag.

\* Berlin, 20. Nov. Nachdem die Woche der Interpellationen vorüber ist, hat sich der Reichstag wieder der Staatsberatung zugewandt. Der Etat des Reichswirtschaftsministeriums steht zur zweiten Lesung. Das Haus ist wieder sehr schlecht besetzt. Der Reichswirtschaftsminister sagte zu Beginn seiner Rede, mit der er die Besprechung des Etats einleitete, daß er nicht beabsichtige, ein Programm zu entwickeln. Er erinnerte daran, daß die erste Ankündigung eines solchen Programms in der Presse an der Börse verstimmt gewirkt habe. Mit gutmütiger Ironie meinte der Minister, die Börse könne sich beruhigen. Ein solches Programm sei in einer Zeit nicht möglich, wo noch alles im Fluß sei. Eine Kalkulation sei ausgeschlossen, solange wir unsere Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag nicht lösten. Dann sprach der Minister über unsere Kohlenenerzeugung und in diesem Zusammenhang über das Abkommen in Spa. Dieses Abkommen sei in einer Weise erfüllt worden, die auch vom Auslande anerkannt werde, allerdings auf Kosten unserer eigenen Industrie, die gegenüber der Belieferung von August einen Rückgang von fast 10 Prozent erlitten habe. Der Minister erwähnte in diesem Zusammenhang die schon bei früheren Gelegenheiten in der Öffentlichkeit vermerkte Tatsache, daß sich in Frankreich die Kohlenvorräte bergeshoch türmten. So hätte der Kohlenvorrat der Gasanstalt in Paris, der im Jahre 1919 25 000 Tonnen an seinem Tage überschritt, Anfangs September 1920 900 000 Tonnen überstiegen. Zur gleichen Zeit betrug der Bestand der gesamten deutschen Gasanstalten 400 000 Tonnen. Wenn die Dinge wirklich so liegen, so bietet dieser Umstand in Verbindung mit dem Kohlenmangel unserer eigenen Industrie eine starke Stütze für den Anspruch des Ministers, daß eine Aufrechterhaltung der Kohlenlieferungen aus dem Spa-Abkommen in der bisherigen Höhe auf lange Dauer zu unhaltbaren Zuständen führen würde.

Die Vorwürfe der Ententezeitungen, daß nicht genügend Wohnungen für Bergarbeiter beschafft würden, seien unberechtigt. Es seien für 70 000 Bergarbeiter Baracken hergestellt und im Ruhrrevier seien etwa 4500 Bergarbeiterwohnungen in Aussicht genommen. Als erstes Ziel, das unsere Wirtschaft zu verfolgen habe, bezeichnet der Minister die Hebung unserer Landwirtschaftlichen Produktion, und zu dem Zwecke die Förderung von Verbilligung der Düngemittelherzeugung.

Durchaus zustimmen kann man dem Ein- und Ausführungsprogramm, das der Minister entwickelte. Die Einfuhr von Lebensmitteln muß begünstigt, die von Luxuswaren als zurzeit entbehrlich angesehen werden. Halbfabrikate sollen zugelassen werden, soweit sie Deutschland braucht. Rohstoffe dagegen in vollem Umfange. Unsere Einfuhr soll nach Möglichkeit erleichtert werden; dazu muß eine weitgehende Nationalisierung der Industrie beifragen, eventuell eine Zusammenlegung von Betrieben. Die Herstellung von Luxusartikeln ist zu vermeiden. Die Idee einer Reichswirtschaftsbank ist bislang im Kabinett nicht erwogen worden. Der Reichswirtschaftsrat dagegen hat sich vor einigen Tagen einmütig auf eine Entscheidung in diesem Sinne geeinigt, um der Not der Industrie damit abzuhelfen. Die Regierung ist mit allen Mitteln auf einen Abbau der Preise bedacht, namentlich bei den Rohstoffen, z. B. bei Eisen, Kohle und Holz. Sie ist hierbei auf die Unterstützung der Länder angewiesen. Auch die Hebung unseres Verkehrswezens ist ein dringendes Erfordernis, damit wird auch eine Befundung der Eisenbahnfinanzen erfolgen. Unsere Schifffahrt ist durch den Krieg auf 300 000 Tonnen beschränkt worden. Bis zum Wiederaufbau der Flotte haben die großen Reedereien mit fremdländischen Firmen Abschlüsse getroffen. Der Ausbau unserer inneren Wasserstraßen soll schon im Interesse der Arbeitslosen rasch gefördert werden, desgleichen müssen wir auf eine rechtzeitige Sicherung von Auslandsabgabebereichen bedacht sein und schon jetzt entsprechend vorarbeiten. Zur Befundung des Wirtschaftslebens halte ich aber die Einführung eines wirtschaftlichen Dienstjahres für notwendig, dessen ersterischer Einfluß zurzeit fehlt.

Als erster Redner aus dem Hause sprach der Mehrheitssozialdemokrat Hoch, der mit den Ausführungen des Ministers und mit der Wirtschaftspolitik des Reiches nicht einverstanden ist. Er kritisiert insbesondere die nicht genügende Kontrolle der Einfuhr. Der Redner schlug überhaupt recht scharfe Töne an. Sehr eingehend malt sich im Kopfe dieses Redners auch die Möglichkeit einer allgemeinen Beschlagnahme der, die er sich ausdrückte, märchenhaften Dividenden. Selbstverständlich verlangte er in ziemlich robustem Ton die Vollsozialisierung.

Als zweiter Redner sprach der Abg. Klöckner. Der Redner bezeichnete eine Erhöhung der Kohlenförderung als eine unserer wichtigsten Aufgaben. Er schließt sich dem Dank des Ministers an die Bergarbeiter für ihre vaterländische Opferwilligkeit an und tritt für eine Besserung ihrer Ernährung ein. Nachdrücklich unterstreichen möchten wir die Forderung des Zentrumredners, daß die Regierung alle Demunisse, die die deutschen Arbeiter in entgegengesetzten, beseitigen möge. Man hört leider noch allzu oft Klagen über die Unhöflichkeit und Schwerfälligkeit, mit der die bürokratische Maschine arbeitet, wenn es sich um Ausfuhrerleichterungen handelt. Der Idee der Reichswirtschaftsbank steht der Redner sympathisch gegenüber. Der Zentrumredner schloß mit einem Ausdruck des Vertrauens für den Minister.

Der deutschnationale Redner beschäftigte sich längere Zeit mit der Sozialisierungsfrage, der er natürlich ablehnend gegenübertritt.

Der Reichswirtschaftsminister nahm zu dem Er-

gebnis der Debatte als letzter Redner Stellung. Aus seinen Ausführungen ist vor allen Dingen bemerkenswert sein Hinweis darauf, daß die Dividendenpolitik der großen Gesellschaften die Regierung zu Erwägungen veranlaßt habe. Es stehe noch nicht fest, ob man sie auf dem Wege der Besteuerung oder einer Einschränkung der Dividendenhöhe fassen wolle. In der Sozialisierungsfrage gelte es zunächst für eine ruhige Entwicklung zu sorgen. Es bleibe nichts anderes übrig, als zunächst die Sachverständigen zu hören.

## Nachtragskredit von 10 Milliarden.

\* Berlin, 1. Dez. Daß ein neuer Nachtragskredit in Höhe von 10 Milliarden im Reichsfinanzministerium vorbereitet wird, wurde bereits gemeldet. Wie jetzt die „Post. Ztg.“ erfährt, wird der Kredit nur zu einem Teil zum Ankauf von Lebensmitteln verwendet werden. Was die Düngemittel betrifft, so soll ein Teil vom Auslande gekauft werden, zum Teil sollen die Inlandspreise durch die teilweise Übernahme der Kosten durch das Reich für die Landwirtschaft verbilligt werden.

## Die Teuerung im besetzten Gebiet und die Beamtenghälter.

\* Berlin, 30. Nov. Vor der Weiterberatung des Etats der Reichswehr wurde heute im Hauptausschuß des Reichstages zunächst der Entwurf eines Gesetzes über die Erstattung der von den Ländern und Gemeinden den Beamten in den besetzten Gebieten gezahlten Wirtschaftsbekihilfen beraten. Der Gesetzentwurf ist bereits auf Antrag Preußens vom Reichsrat im Juni 1920 beschlossen worden, obwohl sich die Vertreter der Reichsregierung in den Verhandlungen gegen den Entwurf ausgesprochen hatten. Im August 1920 hat denn auch die Reichsregierung beschlossen, der Gesetzesvorlage nicht zuzustimmen und sie beim Reichstag unter Darlegung ihres abweichenden Standpunktes einzubringen.

Ministerialdirektor v. Schlieben (Reichsfinanzministerium) begründet die Stellungnahme der Reichsregierung zu dem Gesetzentwurf. Als in den Wintermonaten Januar bis März 1920 in den besetzten Gebieten des Westens eine besondere Teuerung einsetzte, wurden von einzelnen Städten sowie von der bayerischen Regierung für die besetzten Teile des Rheinlands und der Pfalz besondere Zulagen und Beihilfen festgesetzt, um den Beamten und Angehörten einen Ausgleich zu gewähren. Im Hinblick hierauf wurden die Reichsbeamten und die im Reichsdienst stehenden Angestellten der besetzten Gebiete des Westens bei der Reichsregierung um Gewährung gleicher Beihilfen oder Zulagen vorstellig. Eine ins besetzte Gebiet entsandte Kommission, an der auch der Vertreter des preussischen Finanzministeriums teilgenommen hat, stellte die Teuerungsverhältnisse an Ort und Stelle fest und kam hierbei zu dem Ergebnis, daß den Beamten, Angestellten und Arbeitern eine besondere Beihilfe in angemessenen Grenzen zu gewähren sei, da von den von Preußen vorgeschlagenen wirtschaftlichen Maßnahmen, wenn sie überhaupt zu einem praktischen Ergebnis geführt hätten, eine sofortige Wirkung nicht zu erwarten war. Infolgedessen wurden Wirtschaftsbekihilfen von 150, 120 und 90 M monatlich für Verbeiratete und 80 v. H. dieser Sätze für Unverheiratete gewährt. Daneben wurden noch Kinderzulagen gezahlt. Nach Ansicht der Reichsregierung ist es ausschließlich Aufgabe der beteiligten Länder Preußen, Bayern, Hessen, Baden, Oldenburg und der im besetzten Gebiet liegenden Gemeinden, für ihre Beamten, Angestellten und Arbeiter zu sorgen und ihre Bezüge zu regeln. Bei Einführung der Besetzungszulage bestand auch keinerlei Anlaß zu der Annahme, daß dieser Grundsatz durchbrochen werden sollte. Nun aber stellt sich Preußen auf den Standpunkt, daß das Reich für alle Folgen des Friedensvertrages aufzukommen habe. Es stützt sich dabei auf einen Kabinettsbeschluss vom 20. August 1919. Demgegenüber vertritt die Reichsregierung die Ansicht, daß dieser Kabinettsbeschluss keinen bestimmten Rechtsgrundsatz aufstelle und nur die Folgen erfassen wolle, die sich unmittelbar aus dem Friedensvertrag selbst ergeben. Die mittelbaren Folgen des Friedensvertrags, zu denen die sogenannte Besetzungszulage gerechnet werde, seien durch den Kabinettsbeschluss nicht betroffen. Eine andere Auslegung des Beschlusses würde zu ihrer Tragweite unübersehbaren Folgerungen führen, die eine unerträgliche Belastung der Reichsfinanzen im Gefolge hätten. Hiernach müsse sich die Reichsregierung gegen eine Zustimmung zu dem Gesetzentwurf aussprechen.

Staatssekretär Dr. Mäder (preussisches Finanzministerium) versichert, daß Preußen selbstverständlich seinen Anteil an den Wirtschaftsbekihilfen tragen wolle; aber es sei unmöglich, daß Preußen alles trage. Er schlägt vor, daß das Reich 80 v. H. der Wirtschaftsbekihilfen zahlen solle.

Der Bevollmächtigte von Hessen, Freiherr von Biegeleben, weist darauf hin, daß Hessen, dessen Gebietsteile mit 40 v. H. besetzt seien, nicht in der Lage wäre, die Westmarkenzulage zu zahlen, wenn das Reich nicht mindestens den größeren Teil trage.

Der bayerische Bevollmächtigte zum Reichsrat, Ministerialrat Freiherr von Imhoff, macht besonders darauf aufmerksam, daß es doch außerordentlich unbillig wäre, wenn ein Land, das das Unglück habe, ganz oder teilweise besetzt zu sein und durch die Besetzung wirtschaftlich und seelisch stark leide, nun auch noch diese Kosten tragen solle, die doch zweifellos Folgen des Krieges und des Friedensschlusses seien.

Dr. Pahnke (Dem.) weist darauf hin, daß es sich um große Summen handle, also um sehr

verantwortungsvolle Entschlüsse. Ein Ausgleich müsse gefunden werden. — Demgegenüber wird ein Antrag Schulz-Bromberg gestellt, der die Reichsregierung auffordert, 1. für sofortige Auszahlung rückständiger Besetzungszulagen an die nach den früheren Beschlüssen berechtigten Beamten und Lohnempfänger Sorge zu tragen, 2. die Unkosten hierfür zu 80 v. H. auf das Reich zu übernehmen, alle Teile der besetzten Gebiete hierbei gleichmäßig zu behandeln. — Dementsprechend beantragen auch das Zentrum und die Mehrheitssozialdemokraten, daß das Reich acht Zehntel und die Länder zwei Zehntel der Wirtschaftsbekihilfen zu zahlen hätten. — Der inzwischen erschienene Reichsfinanzminister Dr. Wirth wendet sich eindringlich hiergegen. Der Hauptausschuß möge es sich überlegen, einen so schwerwiegenden Entschluß, der die Reichsfinanzgebarung auf lange Zeit in drückendster Weise festleze, zu fassen. — Dr. Pahnke (Dem.) bittet, einen Mittelweg ins Auge zu fassen und erklärt sich bereit, seinen Vorschlag bezüglich der Beteiligung bei der Zahlung der Wirtschaftsbekihilfen dahin zu ändern, daß das Reich statt eines Drittels die Hälfte zahlen solle.

Hierauf wird der von den Sozialdemokraten und vom Zentrum unterstützte Antrag angenommen, wonach das Reich 80 v. H. der Wirtschaftsbekihilfen zu tragen hat. Außerdem wird dem deutschnationalen Antrag gemäß beschlossen, daß die Reichsregierung die Auszahlung rückständiger Besetzungszulagen vornehmen und hierbei alle Teile der besetzten Gebiete gleichmäßig behandeln möge.

## Die preussische Verfassung.

\* Berlin, 30. Nov. Nach mehrstündiger Sitzung der Landesversammlung, in der es zu unerhörten Tumulten kam, wurde die preussische Verfassungsvorlage schließlich in namentlicher Abstimmung mit 280 gegen 61 Stimmen angenommen. Die sieben deutsch-hannoverschen Abgeordneten enthielten sich der Abstimmung. Sie erklärten, sie blieben gute Deutsche, wollten sich aber am preussischen Verfassungsleben nicht mehr beteiligen. Die Deutsche Volkspartei gab eine Erklärung ab, worin sie unter Wahrung ihres Standpunktes die Erwartung ausspricht, daß sie auf Grundlage dieser Verfassung die gemeinsame Arbeit im Interesse des Vaterlandes ermdöglichen werde, und daß sie aus diesem Grunde ihre Bedenken zurückstelle und für die Verfassung stimme. Die Annahme der Verfassung wurde von der Linken mit lebhaften Beifallsrufen aufgenommen.

## Der Stand der Mark.

\* Mainz, 30. Nov. Die Mark schwächte sich heute weiter ab. In Zürich sank sie um 0,45 auf 8,90, in Stockholm um 15 auf 7,50, in Paris um einen halben Franken zu Beginn (23%), erholte sich aber bis zum Schluß auf 23%. Die ausländischen Zahlungsmittel wurden in Berlin etwas hinausgesetzt. Amsterdam um 58 auf 2155, London um 4 Punkte auf 246, New York um 2 auf 7075, Paris um 4/4 auf 425 1/2 und Schweiz um 20 Punkte auf 1102.

## Die amerikanische Kinder speisung.

\* Berlin, 30. Nov. Die von den amerikanischen Quäkern gemeinsam mit dem deutschen Zentralausschuß für Auslandshilfe im unbesetzten Deutschland eingeführte Kinder speisung wurde, wie die „B. Z.“ erfährt, jetzt auch in den besetzten Gebieten, wo das Elend unter den Kindern ebenso groß ist, eingeleitet. Nachdem die Vertreter Belgiens und Frankreichs die von der Rheinlandkommission an sie herangetretene Anregung der Quäker freundlich aufgenommen hatten, wurde mit der Speisung begonnen. In den von den Franzosen, Amerikanern und Belgiern besetzten Gebieten untersteht sie der Leitung der amerikanischen Quäker, im englischen Besatzungsabschnitt wird sie von den englischen Quäkern eingeführt. Im letzten Sommer speisten die Quäker, wie dem genannten Blatt mitgeteilt wird, in ganz Deutschland vor den Schulferten 630 000 Kinder und Mütter täglich. Nach einer vorübergehenden Senkung dieser Ziffer beschlossen sie, am 6. November die Zahl der Speisungen auf 694 000 zu erhöhen. Mit Hilfe der in Amerika aufzubringenden Gelder hoffen die Quäker, die Speisungen in dieser Höhe über den jetzt in Aussicht stehenden Endtermin, im Februar, bis zum 1. Juni fortsetzen zu können.

\* Berlin, 30. Nov. Herr v. Falkenhahn, dessen beleidigende Äußerungen gegen die Vaterlandsliebe und Treue der Rheinländer den Gegenstand einer Interpellation des Abg. Trimborn bilden, ist, wie der „Berliner Lokalanzeiger“ zu berichten weiß, von seinem Amte suspendiert worden.

\* Paris, 30. Nov. Ein Funkpruch aus Moskau vom 27. November meldet: In der Gegend von Mozur dauert die Verfolgung der Trümmer der Armee des Generals Balachowitsch an. Nach einer vorläufigen Zählung machten wir in Verfolg unserer Operationen gegen General Balachowitsch 3000 Gefangene, darunter 180 Offiziere, und erbeuteten 4 Kanonen und 40 Maschinengewehre.

\* Amster  
aus Lond  
des Inte  
Schreiben  
Ural-Gebi  
beiterklass  
regierun  
schaft un  
russischen  
regierun  
reiche ins  
\* Am  
wird mitg  
ruhige Na  
erklärt.  
D. v. Dry  
Kaiserin d  
des Kronp  
Nach ei  
Dazu i  
Angabe B  
Das  
\* Berlin  
Reichstom  
nis des  
nungsak  
fert, ange  
fationen un  
schüge. Mi  
Maschineng  
Gewehre u  
Holen, 89  
345 271 Ma  
und 45 781  
Die Einzie  
und der Ge  
fationen un  
suchungen  
dort statist  
günstig st.  
\* Berlin,  
Reichstages  
besprach den  
Erhebung d  
gabe vom  
Her Dr. W  
des Geset  
der Reichsb  
der Papiere  
schienen da  
einer Swan  
des Notopfe  
Neuerung  
halte sich u  
den 5 1 de  
Eine  
\* Berli  
ten von eine  
nen deutsche  
Mittelung,  
Kronprinz u  
mit den Re  
hätten. Die  
Firma Grun  
ein Konto a  
burg achab  
ger. Edelstei  
Verkauf lei  
Vorchriften  
Auch oder ei  
Frage gelom  
Ber  
\* Müde  
— flodende  
Selbst die ä  
erinnern, daß  
Wassers geze  
brute kaum 3  
dem Stand a  
Tag er als  
Weter betrug,  
Wozenmassen  
legensten Stro  
Möglich heute  
Bergel nur 35  
dem einen Sch  
winden, der 1  
kaum halber  
Nebel stoch; di  
gemeldet: In  
dem höchsten u  
28. Januar n  
liegen; am 16  
Seite von 80

## Jur Erkrankung der Kaiserin.

\* Amsterdam, 26. Nov. Der „Telegraaf“ meldet aus London: Thomas verlas in der ersten Sitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes ein Schreiben der russischen Gewerkschaftsmitglieder im Ural-Gebiet, worin es heißt: Der russischen Arbeiterklasse ist es infolge der unter der Sowjetregierung bestehenden wirtschaftlichen Leibeigenschaft unmöglich, ihre Gedanken auszudrücken. Die russischen Gewerkschaften werden von der Sowjetregierung streng verfolgt, viele erschossen und zahlreiche ins Gefängnis geworfen.

\* Amsterdam, 30. Nov. Aus Haus Doorn wird gemeldet: Der Zustand der vormaligen Kaiserin ist recht ernst. Prinz und Prinzessin Adalbert haben ihre geplante Abreise verschoben. Augenblicklich befinden sich das braunschweigische Herzogspaar und Prinz Oskar in Doorn.

## Das Befinden der Kaiserin hoffnungslos.

\* Amsterdam, 30. Nov. Aus Schloß Doorn wird mitgeteilt: Die Kaiserin verbrachte eine unruhige Nacht. Ihr Befinden ist nach wie vor sehr ernst. Heute vormittag ist Oberhospizprediger D. v. Dryander aus Berlin eingetroffen, um der Kaiserin das Abendmahl zu reichen. Die Ankunft des Kronprinzen wird erwartet.

Nach einer Meldung von heute früh aus Haus Doorn ist das Befinden der deutschen Kaiserin Auguste Viktoria völlig hoffnungslos.

## Das Ergebnis der Entwaffnung.

\* Berlin, 25. Nov. Nach einer Mitteilung des Reichskommissars für Entwaffnung ist das Ergebnis des ersten Teiles der Entwaffnungssaktion folgendes: Freiwillig abgeliefert, angekauft, beschlagnahmt sowie von Organisationen und Fabriken angemeldet wurden: 825 Geschütze, Minenwerfer und Flammenwerfer, 17 537 Maschinengewehre, 1678 Maschinengewehrteile, 2 103 441 Gewehre und Karabiner, 76 816 Revolver und Pistolen, 83 941 Handgranaten, 3453 Geschützteile, 245 271 Maschinengewehrteile, 296 892 Gewehrteile und 45 781 151 Stück Handfeuerwaffen-Munition. Die Einziehung der Maschinengewehre (8404 Stück) und der Gewehre (801 653 Stück) von den Organisationen und den Fabriken ist im Gange. Durchsuchungen und Untersuchungen werden überall dort stattfinden, wo das Ablieferungsergebnis ungünstig ist.

## Die Papierflut

\* Berlin, 1. Dez. Der Aeltestenausschuß des Reichstages zur Vorbereitung von Steuerfragen besprach den Gesetzentwurf über die beschleunigte Erhebung des Reichsnotopfers und der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs. Reichsfinanzminister Dr. Wirth sprach sich über die Beweggründe des Gesetzentwurfs aus. Namentlich die Leitung der Reichsbank habe um Maßnahmen gebeten, die der Papierflut Einhalt täten. Zwei Wege schienen dazu geeignet, entweder die Aufnahme einer Zwangsanleihe oder die schnellere Erfassung des Notopfers und des Vermögenszuwachses. Die Realisierung habe den letzteren Weg gewählt und halte sich unbedingt für verpflichtet, entsprechend den § 1 des Gesetzentwurfs vorzugehen.

## Eine Erklärung des Kronprinzen.

\* Berlin, 30. Nov. Die Morgenblätter erhalten von einem ermächtigten Vertreter des ehemaligen deutschen Kronprinzen und seiner Gattin eine Mitteilung, in der erklärt wird, daß weder der Kronprinz noch die Kronprinzessin irgend etwas mit den Kapitalverschiebungen Grüssers zu tun hätten. Die Kronprinzessin habe zwar bei der Firma Grüsser, Pilschpon u. Co. im Frühjahr 1920 ein Konto auf den Namen Frau G. von Medlenburg gehabt, das den Erlös aus dem Verkauf einiger Edelsteine dargestellt habe. Der holländische Verkauf sei aber unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften durchgeführt worden. Eine Kapitalflucht oder eine Steuerhinterziehung sei niemals in Frage gekommen.

## Bermischte Nachrichten.

\* Rüdeshheim, 1. Dez. (Niedriger Wasserstand — stochende Schifffahrt.) Aus Biebrich wird berichtet: Selbst die ältesten Leute hier wissen sich kaum zu erinnern, daß der Rhein einen solchen Tiefstand des Wassers gezeigt hat, wie heute. Der Pegel zeigt heute kaum 39 Zentimeter. Vergleicht man hiermit den Stand am 16. Februar ds. Js., an welchem Tag er als Höchststand der Ueberschwemmung 5,75 Meter betrug, so kann man ermessen, welche gewaltige Wogenmassen damals über die Ufer bis in die entlegensten Straßen rauschten, aber auch wie geradezu alljährlich heute der Wasserstand ist. Wenn auch der Pegel nur 35 Zentimeter zeigt, so haben wir trotzdem einen Schlepddampfer sich langsam hier vorbeiwenden, der 10 Anhänger hatte, natürlich jeder mit kaum halber Fracht. Bei dem heute herrschenden Nebel stockt die Schifffahrt ganz. — Aus Caub wird gemeldet: In diesem Jahre zeigt der dortige Pegel den höchsten und den niedrigsten Wasserstand. Am 26. Januar war der Rhein auf 7,80 Meter gestiegen; am 16. November hatte er nur noch eine Höhe von 80 Zentimeter.

\* Rüdeshheim, 1. Dez. (Bergeht die Toten nicht!) So mahnten das deutsche Volk, die unvollendet geliebten und dauernder Pflege bedürftigen Grabstätten der gefallenen Krieger. Deren, die freudig ihr Leben für die Heimat hingaben zu gedenken, sei auch in den schwersten Sorgen um die Zukunft für uns eine heilige Pflicht. Unablässig war die Heeresverwaltung in all den Kampfsjahren im Felde und in der Heimat auf die Sicherung und den Schmuck der Gräber unserer Tapferen bedacht. Nun können nicht mehr draußen Kameradenhände die letzte Ruhestätten herrichten und in der Heimat drohen Gefahren, das große Liebeswerk zurückzubringen. Die Not der Zeit hat dem deutschen Staate die Mittel genommen, das Begonnene durchzuführen. Deutsche Männer, Frauen und Kinder an Euch alle ergeht der Ruf: „Tragt Sorge für die Grabpflege Eurer gefallenen Kameraden und Volksgenossen, helft soweit ihr vermöget durch große und kleine Spenden und erwerbt zum äußeren Zeichen Eurer Mitarbeit die von Künstlerhand gestaltete Denkmünze.“ Die staatliche Beratungsstelle für Kriegerehrungen, welche den Vertrieb dieser kleinen eiserne Denkmünze übernommen hat, übergibt den Reingewinn dem Reichsminister des Innern (Zentralnachweisamt für Kriegsverluste und Kriegergräber) zur Vollendung des großen Werkes der deutschen Gräberpflege. Die Denkmünze zeigt auf der Vorderseite die Aufschrift: „Ich hat einen Kameraden“ und auf der Rückseite: „Am Schmuck der Ruhestätten unserer Tapferen half, wer dieses Eisenzichen nahm.“ Die Denkmünze kostet 5.— Mk. Das Versorgungsamts Wiesbaden, Bertramstraße 3, Zimmer 43, nimmt gerne Spenden und Bestellungen auf Lieferung der Denkmünze entgegen.

\* Rüdeshheim, 1. Dez. In letzter Zeit haben private Versicherungsgesellschaften die Verlierer von Postpaketen öffentlich angefordert, die Pakete bei ihnen vor der Uebergabe an die Post gegen Verlust oder Wertverminderung zu versichern. Zum Zeichen der vollzogenen Versicherung sollen von der Versicherungsgesellschaft gelieferte Wertversicherungsmarken auf den Abschnitt der Pakettkarte geklebt werden. Für eine private Versicherung dieser oder ähnlicher Art liegt aber bei dem heutigen Stand des Wertpaketen dienstes der Post keine Notwendigkeit vor. Der Absender kann jetzt bei der Post ein Paket mit Wertangabe bis 500 Mk. ausliefern, ohne es in besonderer Weise zu verpacken und überhaupt zu versiegeln. Er hat lediglich den Wert auf der Pakettkarte anzugeben. Die Post stellt für ein solches Paket wie für andere Wertsendungen eine Einlieferungsbcheinigung aus. Bei Paketen mit Wertangabe von mehr als 500 Mk. ist eine dem wertvolleren Inhalt entsprechende Verpackung und die Versiegelung nötig. Für beide Arten von Wertpaketen haftet die Post bis zur Höhe der Wertangabe nach dem Postgesetz, und zwar werden nach den nunmehrigen Grundsätzen der Postverwaltung in Verlustfällen die Herstellungskosten des Paketinhalts mit Einschluß eines angemessenen Unternehmergewinns vergütet. Die Postverwaltung erleichtert also den Auslieferern die Beförderung unter Wertangabe in weitestgehendem Maße und kommt auch hinsichtlich der Haftung billigen Anforderungen nach. Das Publikum kann sich bei der Benutzung der allgemeinen Posteinrichtungen die Ausgaben für eine private Versicherung ersparen. Diese bietet dem Paketversender in keiner Weise eine erhöhte Sicherheit für die richtige Beförderung der Sendung, denn die Post hat mit der privaten Wertversicherung überhaupt nichts zu tun.

\* Rüdeshheim, 1. Dez. Bei der Beförderung von Paketen oder Karten mit Nachnahme sind Nachnahme-Pakettarten und Nachnahmekarten mit anhängender Postanweisung oder Zahlkarte zu verwenden; jeder anderen Nachnahmesendung ist eine Postanweisung oder Nachnahmezahlkarte haltbar befestigt beizufügen. Die verwendeten Vordrucke sind von dem Absender vor der Aufstiehung auszufüllen; als Betrag der Postanweisung oder Zahlkarte ist der einzuziehende Betrag nach Abzug der Postanweisungs- oder Zahlkartengebühr einzutragen. Die Befügung der Postanweisung oder Zahlkarte kann, abgesehen von Wertbriefen, in besonderen, an der Sendung angebrachten Taschen erfolgen; lose beige-fügte Vordrucke sind durch Klebseife, Klammern oder Umschnürung an der Nachnahmesendung, je nach der Beschaffenheit, haltbar zu befestigen; die Verwendung von Stachnadeln zur Befestigung ist nicht statthaft. Gleichzeitig wird auch noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß Nachnahmen auf Briefsendungen und Paketen im Verkehr mit dem Remelgebiet nur durch Postanweisungen abgewickelt werden können, weil der Postschleppverkehr dahin gesperrt ist.

Ahmannshausen, 30. Nov. Das bekannte „Hotel Culbera“ ist dieser Tage zum Preise von 300 000 Mark an den Weingroßhändler Phil. Jos. Goertz in Lorch a. Rh. verkauft worden.

Lorch, 30. Nov. Infolge der andauernden Trockenheit haben die benachbarten Höhenorte außerordentlich unter dem Wassermangel zu leiden. Das Wasser muß oft weite Strecken aus den Tälern geholt werden. Auch die Wasserleitung in Lorch liefert schon seit einiger Zeit nur ungenügende Wassermengen.

Caub, 30. Nov. Ein Opfer seines Berufes ist der Steuermann Ludwig Rirdorf von hier geworden. An Bord eines Schiffes auf der Fahrt nach Bingen begriffen, glitt er plötzlich infolge Eises aus und stürzte unweit Niederheimbach in den Rhein. Vergeblich suchte er sich durch Schwimmen zu retten, trieb ab und ehe man ihm Hilfe bringen konnte war er in den Wellen verschwunden.

Wiesbaden, 30. Nov. Der Exerzierplatz an der Schierkeimerstraße, der der Jugend ein beliebter Sport- und Spielplatz war, ist von den Franzosen zur Schöpfung eines Stadions mit Rennbahn in Aussicht genommen. Auf Befehl des kommandierenden Generals des 30. Armeekorps sind aus diesem Grunde die Spiele und der Verkehr auf dem Spielplatz verboten worden.

Wiesbaden, 30. Nov. Der bekannte Wiesbadener Andreasmarkt findet am 2., 3. und 4. Dezember statt. Der Polizeipräsident erläßt eine Verordnung, wonach wie in früheren Jahren, auch diesmal der Gebrauch von Gegenständen, die das Publikum belästigen, verboten ist.

Höchst, 30. Nov. Die Stadtverordneten beschlossen die Aufnahme einer weiteren Anleihe von 250 000 Mk. für das Elektrizitätsamt. Weiter erfolgt eine Herabsetzung der Strompreise mit rückwirkender Kraft ab 1. September.

Worbis, 30. Nov. Eine Frau hatte in der guten Stube als sie Besuch erhielt, Feuer gemacht, ohne zu wissen, daß ihr Mann in dem Ofen 91 000 Mark versteckt hatte. Das Geld war längst verbrannt, als der Mann heimkam, somit wäre die Bezahlung der Steuern immerhin weit billiger gekommen als dieses Feuerchen.

Saarbrücken, 30. Nov. Wie die „Saarbrücker Landeszeitung“ meldet, ist man bei der Eisenbahndirektion Saarbrücken großen Diebstählen in Warensendungen auf die Spur gekommen. Die Verurteilungen sollen in das vergangene Jahr zurückgehen. Bis jetzt sind acht Beamte verhaftet worden. Der Schaden, der der Eisenbahndirektion entstand, wird auf viele Hunderttausende geschätzt.

M. Gladbach, 30. Nov. In der letzten Zeit laufen aus den umliegenden ländlichen Bezirken ständige Meldungen über Brandstiftungen ein, die an Bauernanwesen verübt worden sind, deren Besitzer Kartoffeln zu Wucherpreisen verkauft haben sollen. In den meisten Fällen werden in den Abendstunden die Scheunen und Stallungen an mehreren Stellen in Brand gesetzt, sodas die Feuerwehren sich darauf beschränken müssen, die Hauptgebäude und die angrenzenden Gehöfte zu schützen, während die Stallungen und Scheunen mit den in ihnen aufgespeicherten erheblichen Erntevorräten und den Wirtschaftsgebäuden Opfer des Feuers werden. — Man kann die Erregung hungernder Volksgenossen verstehen, wenn sie sehen, wie manche Erzeuger von Lebensmitteln diese entweder zu Wucherpreisen oder gar nicht abliefern und sich dadurch schwer an dem Volksganzen veründigen. Aber entschuldigen kann man solche verbrecherische Mache nicht! Es geht nicht an, ein Uebel durch ein noch viel schlimmeres beseitigen zu wollen, ein Verbrechen durch ein viel schlimmeres Verbrechen zu bestrafen.

## Gemeinnützige Nassauische Möbelvertriebs-Gesellschaft m. b. H., Wiesbaden, Mühlgasse 7

Lieferung gediegener  
**Küchen-, Schlaf- und Wohnzimmer-Einrichtungen**  
für Kriegsteilnehmer und Minderbemittelte Teilzahlung ohne Preis-erhöhung gestattet  
Teilausstellung in Rüdeshheim a. Rh. bei:  
Sattlermeister W. Thomas, Oberstraße.

**Marien-Kalender**  
für das Jahr 1921 eingetroffen.  
Preis 3.50 Mk.

A. Meier's Buchdruckerei Rüdeshheim a. Rh.



## Frankfurter Künstlertheater

Leitung: Dr. A. Kuckhoff und Robert George

Dienstag, den 7. Dezember 1920  
abends 8 Uhr in der Turnhalle:

# „Der Biberpelz“

Eine Diebskomödie in 4 Akten von Gerh. Hauptmann.

Einzelkarten: I. Platz Mk. 8.—, II. Platz Mk. 6.—, III. Platz Mk. 4.—  
und IV. Platz Mk. 3.—, Abonnements auf 5 Vorstellungen 10%  
billiger, bei den Buchhandlungen von A. Keil, Fischer & Metz,  
A. Meier, Friseur Witterstein und an der Abendkasse.

## Färberei und chem. Reinigung Karl Döring, Wiesbaden.

Fabrik: Drudenstrasse 5. — 6149 Telefon 6149.

Läden: Weissenburgstrasse 12, Schwalbacherstrasse 9.

Reinigen u. Färben sämtl. Herren- u. Damengarderoben

sowie Teppiche, Möbelstoffe usw.

Dekatieren und Imprägnieren (wasserdicht).

Durch genügend Benzinvorrat bin ich in der Lage, allen Anforderungen im  
Reinigen gerecht zu werden. Lieferzeit 8—10 Tage, Trainersachen 24 Std.

Prompte Bedienung. — Solide Preise.

Annahme für Rüdeshelm und Umgegend:

Schneidermeister Schön, Rüdeshelm, Neustrasse 12.

Für Assmannshausen:

Schneidermeister Reutershan, Assmannshausen, Göllebenachstr. 1.

## Neue Formen

Schlüpfers  
Raglan  
Ulster

in hundertfacher Auswahl aus den modernsten Stoffen

für Herren von Mk. 240.— an

„ Burschen „ „ 165.— „

„ Knaben „ „ 125.— „

## Heine & Schott Bingen.

## Nau & Bollenbach

Bingen am Rhein

Kathausstrasse 15

Fernsprecher 506

empfehlen alle

## Kellerei-Maschinen, Geräte und Bedarfsartikel

wie Pumpen, Filter, Schläuche, Korken, Kapseln,  
Kork- und Kapselmaschinen, Facktag,  
Fackfitt, Hausenblase, Gelatine, Spunden, Spundlappen,  
Fackbleche, Fack- und Flaschenbürsten,  
Filtermaterial etc.

### Zu verkaufen

1 neues Kostüm

1 fast neues Kostüm

1 Paar hohe braune  
Damen-Stiefel

1 Dam.-Regenmantel

und sonst. Kleidungs-  
stücke. Langstr. 711.

### Heizkörper- Lack

zu verkaufen. Zu erfragen  
in der Exped. d. Bl.

Zuverlässiges

Monatsmädchen

oder Frau sofort gesucht.  
Schmidtstr. 12.

## Zur Anfertigung von Wäschestücken

jeder Art auf Wunsch auch unter  
Lieferung der Stoffe und des Zubehörs,  
bringe ich mich den geehrten Herr-  
schaften in empfehlende Erinnerung.  
Gleichzeitig teile mit, dass von heute  
im Schaufenster des Herrn Friseur  
Schneider, Markt, hier, eine Auswahl  
von mir angefertigter Wäsche aus-  
gestellt ist, zu deren Besichtigung  
ich höflichst einlade

Frau Rosa Boxthaler

Rüdeshelm am Rhein, Steinstrasse 12

1. Dezember 1920.

Krepp-Papier empfiehlt  
A. Meier

## Zahnpraxis Elly Lange

Tel. 303. Rüdeshelm. Markt 13.

Sprechstunden von 9—4 Uhr  
Sonntags auf vorherige Anmeldung.  
Zahnziehen, auch schmerzlos.

Anfertigung  
sämtlicher Füllungen u. Kautschukarbeiten.

— Spez.: Moderner gaumenloser Zahnersatz. —  
Schonendste Behandlung.

## Rechtzeitig Inserieren

ist der Schlüssel zum Erfolge, besonders  
für das bevorstehende Weihnachts-  
Geschäft. Wir machen unsere werten  
Abonnenten darauf aufmerksam, daß  
wir für Geschäftsinserte, die von jetzt  
ab bis zum feste wiederholt aufgegeben  
werden, Rabattsätze bewilligen, die mit  
der Anzahl der Wiederholungen steigen.  
Genauere Bedingungen bitten wir in  
der Geschäftsstelle unseres Blattes zu  
erfragen. Eine wirkungsvolle, in die  
Auge springende Ausgestaltung etwaiger  
Insertenaufträge wird von uns auf  
Wunsch übernommen

Verlag des „Rheingauer Bote“.

## Der eigene Arzt im Viehstalle

ist jeder Landwirt oder Siedler, der das Buch

### Des Landwirts Ratgeber in guten und bösen Tagen

besitzt. Die Ober- und Stabsveterinäre Dr. Magerl und Dr. Geibel sowie  
der Pflanznsachverständige Dr. Gehrmann geben in dem sechsten in dritter  
neubearbeiteter Auflage herausgegebenen Werke alle Krankheitsanzeichen und die  
notwendigen Mittel an, die der Landwirt sofort gebrauchen kann, um sich vor  
großen Verlusten im Viehstande zu schützen, was besonders wichtig ist, wenn der  
Tierarzt weit entfernt wohnt. Das gut gebundene Buch ist mit 130 Ab-  
bildungen und 3 farbigen zerlegbaren Modellen vom Pferd, der Kuh  
und dem Schwein ausgestattet und 360 Seiten stark. Die

Anschaffung teurer landw. Werke wird dadurch überflüssig.

Wir sind in der unangenehmen Lage, das jedem Landwirt unentbehrliche Buch  
an unsere Leser für nur 21.60 Mark

abzugeben, solange der Vorrat reicht.

Es hat schon manchem Viehbefitzer hunderte von Mark an Schaden erspart  
und ist von Praktikern klar und leicht verständlich geschrieben. Schönstes Geschenk  
für jeden Landwirt und Siedler, vorrätig in der Geschäftsstelle des „Rheingauer  
Bote“ (A. Meier's Buchdruckerei).

## Neues Lichtspieltheater

Saalbau Rölz, Rüdeshelm.

Samstag, den 4. u. Sonntag, den 5. Dezember  
gelangt zur Aufführung:

I.

## Die schwarze Hoheit

Original-Lustspiel in 3 Akten.

II.

## Der Teufel und die Madonna

Ein Mysterium in 4 Akten

von Hans Brennen und Friedl. Köhne.

Beginn Samstag pünktlich 7.30 Uhr, am Sonntag  
pünktlich von 3 Uhr ab durchlaufendes Programm.

Dauer eines Programms zirka 2 1/2 Stunden.

Kinder haben keinen Zutritt.

Der Saal ist gut geheizt.

Um freundlichen Besuch bittet

Die Direktion.

Esche  
woch u  
jährlich  
Mk. 5.8  
Gerant  
Ann  
Es be  
tiere, wie  
beschau u  
Wir  
Kimmung  
bin, won  
Pferde, d  
wendet w  
einer ant  
Der  
Strafrecht  
Rüd  
Reich  
Berli  
tages wu  
Zwangsa  
Reichs  
eine Bor  
anleihe n  
Materia  
lediglich  
an das R  
gestern er  
an mit  
nommen  
habe. De  
einer Zw  
gesproch  
eines Te  
Verbindu  
anleihe h  
über. Si  
nigte Ein  
unter der  
so gestalte  
bedeutend  
Reichsnot  
derung d  
lange dar  
finanzmin  
Wunsch  
Stellung  
entwurf  
zeptierten  
Reichs  
einleitend  
Kabinetts  
gen Auge  
tion Ein  
Sowohl d  
als auch  
dienen. I  
Landwirti  
gegen die  
opfers. U  
bereitung  
gemacht,  
bestinden,  
den. Die  
entgegen  
15 Millia  
anleihe  
so würde  
Stand der  
bewirken,  
Gunsten  
auf den  
im Ausla  
der beschi  
feinerzeit  
geben wor  
Anfängig  
Nicht ein  
wie man  
sich auch  
äußern. G  
d. b. die  
Reichsnot  
Abg. t  
denken ge  
denken im  
zurückgefe